Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

	Stadtamt 22	Stellungnahme-Nr. S0022/03	Datum 30.01.2003
zur Anfrage Nr. F0204/02 d. Frau/Herrn/Fraktion CDU-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Magdeburg, v.12.12.2002		Datum der Genehmigung 05.02.2003	
		Genehmigungsvermerk OB, gez. Dr. Trümper	
Bezeichnung Einnahmeverlust durch steigende Gewerbesteuerumlage		Dezernenten II	
Verteiler Der Oberbürgermeister	Sitzungstermin 04.02.2003 8:00		

1. In welcher Höhe hatte die Stadt Magdeburg Einnahmeausfälle im Bereich der Gewerbesteuer 2002 zu verzeichnen?

Die Gewerbesteuereinnahmen eines Haushaltsjahres setzen sich zusammen aus den Vorauszahlungen für das laufende Jahr, Vorauszahlungen für das Vorjahr und ggf. noch für das Vorvorjahr sowie den Nachzahlungs- und Erstattungsbeträgen aus den Jahresveranlagungen und aus den Berichtigungsveranlagungen.

Unter Berücksichtigung dieses Abrechnungsverfahrens ergeben sich in jedem Haushaltsjahr Gewerbesteuerforderungen und Gewerbesteuererstattungen.

Das veranlagte Gewerbesteueraufkommen setzte sich in 2000 bis 2002 wie folgt zusammen:

Haushaltsjahr	2000	2001	2002
Vorauszahlungen für das laufende Jahr	46.186.034	40.560.410	41.740.901
Nachforderungen für Vorjahre	+29.414.698	+29.638.357	+29.736.133
Erstattungen für Vorjahre	-18.148.690	-19.999.309	-32.564.486
veranlagte Gewerbesteuer gesamt	57.452.042	50.199.458	38.912.548

Im Jahr 2002 machte sich die große Abhängigkeit von den wenigen großen Steuerzahlern bemerkbar, bei denen Strukturveränderungen durch Begründung oder in diesem Fall durch die Beendigung von Organschaftsverhältnissen erhebliche Auswirkungen auf die Gewerbesteuereinnahmen haben können.

Dies geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Haushaltsjahr	2000	2001	2002
Anteil der 10 größten Gewerbesteuerzahler	29.944.818	19.772.274	9.448.000
Anteil der übrigen Gewerbesteuerzahler	27.507.224	30.427.184	29.464.548
Gewerbesteuer gesamt	57.452.042	50.199.458	38.912.548

Die Sollminderung im Jahr 2002 gegenüber dem schlechten Jahr 2001 beruht hauptsächlich auf einem Sollabgang für die Vorauszahlung 2001 bei einem einzigen Gewerbesteuerpflichtigen in Höhe von 9,3 Mio. Euro.

2. Welchen Einnahmebetrag verlor und verliert unsere Stadt durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage 2002 und in den folgenden Jahren?

In Erwartung steigender Gewerbesteuereinnahmen sind die Prozentpunkte bei der Gewerbesteuerumlage, die nach dem Verhältnis von Bundes- und Landesvervielfältiger dem Bund und dem Land als Anteil an den Gewerbesteuereinnahmen zusteht, gegenüber 2000 wie folgt angehoben worden:

Jahr	Bundesvervielfältiger	Landesvervielfältiger	Umlagesatz gesamt	% Anteil der Umlage am GewSt-Aufkommen bei Hebesatz von 450 v.H.
2000	19	26	45	10,00
2001	24	30	54	12,00
2002	30	36	66	14,67
2003	36	42	78	17,33
2004	38	44	82	18,22
2005	38	44	82	18,22
2006	35	41	76	16,89

Berechnung der Gewerbesteuerumlage:

$$\text{Umlage} = \text{Gewerbesteuer-Istaufkommen} * \frac{(\text{Bundesvervielfältiger} + \text{Landesvervielfältiger})}{\text{Gewerbesteuerhebesatz}}$$

Durch die Anhebung ergeben sich ab 2002 gegenüber 2000 folgende Mehrausgaben oder Mindereinnahmen:

		<u>Erhöhung gegenüber 2000</u>
Gewerbesteuer-Ist 2002	39.961.450	
Hebesatz	450	
Vervielfältiger 2002	66	
Umlage 2002	5.861.013	1.864.868
Vervielfältiger 2003	78	
Umlage 2003	6.926.651	2.930.506
Vervielfältiger 2004	82	
Umlage 2004	7.281.864	3.285.719
Vervielfältiger 2005	82	
Umlage 2005	7.281.864	3.285.719
Umlage 2002 – 2005 gesamt	27.351.392	11.366.812

Der Bundesrat hat mit der Drucksache 15/109 vom 27.11.2002 dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vorgelegt. Danach soll die Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2003 für die neuen Bundesländer auf 44 v.H. abgesenkt werden mit einem Bundesvervielfältiger von 19 v.H. und einem Landesvervielfältiger von 25 v.H.

Der Entwurf beruht auf einem Antrag der Länder Bayern, Thüringen, Saarland, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt und wurde am 19.12.2002 in die Ausschüsse zur Beratung verwiesen.

Die Bundesregierung lehnt die Vorlage mit Hinweis auf eine im März 2002 eingesetzte Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen ab.

Sie verweist außerdem auf Gewerbesteuermehreinnahmen aus dem Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts (Gewerbsteuerpflicht für Streubesitzdividenden), aus dem Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz (Versagung der Anerkennung der gewerbsteuerlichen Organschaft zwischen Sach- und Lebensversicherern) und aus dem Entwurf zum Steuervergünstigungsabbaugesetz (Aufhebung der gewerbsteuerlichen Organschaft).

Da die Ergebnisse der Kommission bereits für 2004 erwartet werden, ist mit der Zustimmung zu der Bundesratsdrucksache kaum zu rechnen.

Czogalla